

Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



# Berlin Brief Nr. 309

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche  
von Josip Juratovic, MdB

28. Januar 2022

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

gerade erst war Silvester und schon ist der Januar auch wieder vorbei und mit ihm die zweite Sitzungswoche

dieses Jahres. Mich haben dabei in den letzten Tagen besonders zwei Themen beschäftigt: die Einführung einer Impfpflicht gegen das Corona-Virus sowie die angespannte Situation in Bosnien-Herzegowina.

Nach zwei Jahren der Pandemie eint uns alle ein Wunsch: die Rückkehr zur Normalität. Mit Freunden ins Restaurant gehen, ein Bier in der urigen Kneipe, der Besuch eines Chorkonzerts, eine Ortsvereinsitzung von Angesicht zu Angesicht - und das möglichst ohne Einschränkungen und die Sorge, sich selbst anzustecken oder das Virus an andere weiterzugeben. Mit der Impfung haben wir im vergangenen Jahr in Rekordzeit das wesentliche Mittel an die Hand bekommen, um uns langsam, aber sicher, diesem Zustand wieder annähern zu können. Ein Segen und Triumph der Wissenschaft! Leider erleben wir aber in den vergangenen Monaten, dass die Impfkampagne stockt. Das bereitet uns schon heute in der Omikron-Welle Probleme, belasten Ungeimpfte doch durch schwerere Verläufe und mehr Hospitalisierungen unser Gesundheitssystem. Das droht uns aber vor allem mit Blick auf den kommenden Herbst und weitere Wellen, in einen Endloskreislauf von Krisenmodus und Einschränkungen zu werfen.

Um dieses Problem zu lösen, haben wir deshalb in dieser Woche zum ersten Mal im Plenum die Einführung einer Impfpflicht diskutiert, ungebunden vom Fraktionszwang und jede\*r Abgeordnete nach dem eigenen Gewissen. Im Wesentlichen liegen dabei drei Ansätze auf dem Tisch: eine Pflicht zur ärztlichen Beratung, eine Impfpflicht ab 50 Jahren und eine Impfpflicht für alle Volljährigen. Ich persönlich tendiere dabei zur Unterstützung von letzterem Vorschlag. Wie kaum ein anderes Ereignis zu unseren Lebzeiten hat uns die Pandemie gezeigt, dass wir alle im gleichen Boot sitzen. Niemand kommt aus dieser Situation ohne das solidarische Verhalten aller heraus - die Handlung des Einzelnen hat Konsequenzen für alle. Statt nun auf künstliche Altersbeschränkungen zu setzen, die das Virus vielleicht morgen schon durch Mutationen für obsolet erklärt und die die Gesellschaft tatsächlich spalten, halte ich es deshalb für den sinnvollsten und ethisch richtigen Weg, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen. Natürlich ist das ein weitreichender Eingriff in die individuellen Freiheiten. Aber dieser Preis steht dem aktuell weitaus größeren Preis des Nichthandelns gegenüber, den jede\*r Einzelne zahlt, wenn wir weiter unser Privatleben einschränken müssen, wenn medizinisches Personal überlastet ist, wenn Kindern und Jugendlichen unwiederbringliche Zeit und Erfahrungen verloren gehen. Da sind wir alle gefragt. Dass es für Menschen, bei denen medizinische Gründe gegen eine Impfung sprechen, dabei praktikable Ausnahmeregelungen geben sollte, auch mit Blick auf 2G-Zugangsbeschränkungen im öffentlichen Raum, steht natürlich außer Frage. Im nächsten Schritt werden nun durch Abgeordnete verschiedene Gesetzesentwürfe für die Impfpflicht ausgearbeitet, bevor die Debatte dann in den nächsten Sitzungswoche weitergeht und voraussichtlich im März in einem mit demokratischer Mehrheit legitimiertem Beschluss endet.

Das zweite Thema, das mich diese Woche beschäftigt hat, sowohl im Europa-Ausschuss als auch darüber hinaus, ist die gefährliche Lage in Bosnien-Herzegowina. Während die Weltöffentlichkeit angespannt auf die russisch-ukrainische Grenze schaut, droht auch hier mitten in Europa ein Ausbruch der Gewalt bis hin zum Bürgerkrieg. Vorgeblich wegen des Erlasses eines gesetzlichen Verbots der Leugnung des Genozids von Srebrenica hat der serbische Nationalistenführer Milorad Dodik das dreiköpfige Staatspräsidium im letzten Jahr verlassen. Seither spielt er mit dem Feuer der Androhung einer Sezession des überwiegend von bosnischen Serben bewohnten Teil des Landes, der Republika Srpska. Das wäre eine Katastrophe. Für die Menschen auf allen Seiten des Konflikts, die wieder einmal den Blutzoll für die rücksichtslose Machtgier einiger weniger zahlen müssten. Für den Westbalkan als Ganzes, der in seiner Entwicklung um viele Jahre hart erarbeiteten Fortschritts zurückgeworfen würde. Und nicht zuletzt auch für die Europäische Union, die es sich zum Ziel gemacht hatte, die Region durch die Verbreitung ihrer Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Kooperation zu stabilisieren und zu integrieren und die ein (auch von Russland angestachelter Konflikt) an der Türschwelle weiter spalten und lähmen würde.

Um über Lösungen für die verfahrenere Situation des Landes zu diskutieren, war deshalb diese Woche der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, Herr Christian Schmidt, zu Gast in Berlin und hat im Europaausschuss berichtet und Fragen der Abgeordneten beantwortet. Gemeinsam mit anderen Kolleg\*innen mit Bezug zur Region konnten wir darüber hinaus den Austausch vertiefen und werden in den kommenden Wochen ein Strategiepapier mit Empfehlungen für die Politik der neuen deutschen Bundesregierung in der

Region erarbeiten. Zentral sind für mich dabei drei Elemente: die Demokratisierung und Stärkung des Parlaments, die kompromisslose Bekämpfung der Korruption und der entschlossene Widerstand gegen das Gift des ethnischen Nationalismus. Gerne werde ich Ihnen an dieser Stelle dazu mehr Einblicke bieten.

Die nächste Sitzungswoche findet nun erst in zwei Wochen statt, zuvor werde ich aber bereits am Wochenende des 12./13. Februar als Mitglied der Bundesversammlung an der Wahl des neuen (und alten) Bundespräsidenten teilnehmen. Eine besondere Erfahrung, von der ich Ihnen dann im nächsten Berlin Brief berichten werden.

Bis dahin,  
Ihr/Euer



---

## Termine

**2**  
**FEB**

**Besuch Ludwig-Frohnhäuser-Schule**  
*Bad Wimpfen*

**8**  
**FEB**

**Austausch mit britischer Abgeordneter Alicia Kearns zu Bosnien**  
*Online*

**12–**  
**13**  
**FEB**

**17. Bundesversammlung**  
*Berlin*

---

## Bild der Woche



**Mit dem Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, Herrn Christian Schmidt, nach dem Austausch im Europa-Ausschuss.**



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
Tel.: 07131 / 598 72 27  
[josip.juratovic.wk@bundestag.de](mailto:josip.juratovic.wk@bundestag.de)

[Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? Hier abmelden.](#)